



**Fraktion in der  
Bezirksvertretung 9  
(Mülheim)**

Dr. Thomas Portz  
Vorsitzender  
Wiener Platz 2a, Zimmer 645  
51065 Köln

Telefon (0221) 221-99305  
Mobil 0172 / 841 59 04

## Presseerklärung

Köln, den 23.05.2011

### **Die Umbaupläne für die Berliner Straße sind ein Skandal**

*CDU fordert Analyse der Verkehrsströme für den Stadtbezirk*

„Aus Mülheim kommt keiner mehr raus. Aber das ist ja nicht so schlimm, denn es kommt ja auch keiner mehr rein“, kommentiert Dr. Thomas Portz, Vorsitzender in der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Mülheim, die von der Stadtverwaltung in der letzten Sitzung des Mülheimer Bezirksparlaments vorgestellten Umbaupläne für die Berliner Straße. „Sollten diese Pläne jemals Wirklichkeit werden, dann wird die Berliner Straße für den motorisierten Individualverkehr praktisch undurchlässig“, so Portz weiter. Dies widerspreche eklatant allen von den Bezirkspolitikern jemals angestrebten Plänen.

Ihre besondere Bedeutung erhielten die Umbaupläne für die Berliner Straße erst in Zusammenhang mit den anderen für Mülheim geplanten verkehrstechnischen Maßnahmen. „Was wir derzeit in Mülheim erleben, ist nichts anderes als eine Zerstörung der gesamten Verkehrsinfrastruktur, was die großen Ein- und Ausfahrstraßen angeht. Vom Rückbau der Berliner Straße sind neben Mülheim sicherlich auch Höhenhaus und Dünwald massiv betroffen. Daneben soll auch die Frankfurter Straße um- und rückgebaut werden. Das betrifft die Stadtteile Mülheim, Buchheim, Buchforst und die Verbindung des Stadtbezirks Mülheim nach Höhenberg, Vingst, Ostheim und Kalk.

Mit der Waldecker Straße in Köln-Buchforst soll die letzte Direktverbindung zwischen Kalk und Mülheim und eine wichtige Anbindung an die Zoobrücke bzw. den Autobahzubringer zur A 3 ebenfalls um 50 Prozent zurückgebaut werden. Die Bergisch-Gladbacher Straße ist bereits heute ein Nadelöhr, wenn man versucht, sie über Buchheim hinaus Richtung Holweide und Dellbrück zu befahren. Im Zusammenhang mit dem Bau der Markgrafenstraße wird auf dem Clevischen

Ring zwischen den Kreuzungen Keupstraße und Berliner Straße eine weitere Kreuzung mit Ampelanlage entstehen. Hier sind Rückstaus vorprogrammiert.

Darüber hinaus spielt auch ein Rückbau des Clevischen Rings, einer der wesentlichen rechtsrheinischen Ringstraßen, in den Überlegungen der Planer des Programms „Mülheim 2020“ eine Rolle. Keine Hauptverkehrsstraße bleibt also verschont.

Hinzu komme der dringende Sarnierungsbedarf der Brückenrampe an der Mülheimer Brücke. Hier besteht die Gefahr, dass die Brücke für den Verkehr gesperrt werden muss. Dies sei vermutlich längst überfällig, so Portz weiter. „Mülheim wird in einem riesigen Verkehrschaos versinken, Betriebe werden abwandern, die Leute werden massive Staus mit der entsprechenden Abgas- und Lärmbelastigung permanent vor ihren Haustüren haben. Sie werden Schwierigkeiten haben, Einkaufsstätten und ihre Arbeitsplätze zu erreichen bzw. dafür deutlich mehr Zeit einplanen müssen. Was das mit der Ertüchtigung und Attraktivierung von Mülheim zu tun haben soll, ist mir schleierhaft. Zudem wird eine solche Verkehrssituation Investoren eher abschrecken, möglicherweise wandern auch existierende Betriebe ab,“ ergänzt der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Mülheim.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb ein Rückbau-Moderatorium für die Berliner Straße, den Clevischen Ring, die Bergisch-Gladbacher Straße, die Frankfurter Straße und die Waldecker Straße. „Es macht keinen Sinn, irgendwelchen Unsinn zu bauen, bloß weil dafür Landesmittel vorhanden sind“. Stattdessen sei es erforderlich, zunächst eine umfangreiche Verkehrsflussanalyse durchzuführen, um aufzuzeigen, welche Konsequenzen die geplanten Umbaumaßnahmen im ganzen rechtsrheinischen Stadtgebiet haben. Die geplanten Maßnahmen hätten Auswirkungen auf alle Stadtteile im Stadtbezirk Mülheim und weit darüber hinaus.

Im Hinblick auf die Berliner Straße fordern die Christdemokraten, dass der Zwei-Wege Verkehr uneingeschränkt erhalten bleiben müsse, die Fahrbahn also so breit bleiben müsse, dass permanent zwei Busse aneinander vorbeifahren könnten. Für neugeplante Bushaltestellen auf der Berliner Straße müsse gelten, dass sie so gestaltet werden, dass Busse dort einfahren können und PKWs während des Wartevorgangs der Busse ohne Probleme an diesen vorbeifahren könnten. Auch die Einführung einer Tempo 30 Zone in der Berliner Straße lehnt die CDU ab.